

„Die Zahl der Morddrohungen hat deutlich abgenommen«

Über volle Hosen, Querschnittswissen und die Arbeitsbilanz des

Insiderkomitees ehemaliger Mitarbeiter des MfS.
Ein Gespräch mit Wolfgang Schmidt

Sie haben im Januar angekündigt, dass die Internetseite des Insiderkomitees zur kritischen Aneignung der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit Ende April abgeschaltet wird. Welche Aufgabe hatte diese Internetseite, und was war oder ist das dahinterstehende Insiderkomitee?

Das Komitee hat sich 1992 als Zusammenschluss ehemaliger Mitarbeiter des MfS gegründet. Das war eine Reaktion auf die damalige Debatte über die Staatssicherheit, die hysterische Züge angenommen hatte. Eine Riesenorganisation war unser Kreis aber nicht. Es waren maximal 100 Mitglieder und Sympathisanten, die sich einigermaßen regelmäßig getroffen und verständigt haben. Wir hatten am Anfang große Schwierigkeiten, Räume für Zusammenkünfte und Veranstaltungen zu finden. Überall hatte man die Hosen gestrichen voll. Ausgeholfen hat uns dann ohne viele Worte das kurdische Kulturhaus in Berlin-Oberschöneweide. Das Komitee war zunächst ein eingetragener Verein und hat sich später der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde als Arbeitsgemeinschaft angeschlossen. Viele aus dem Kreis der Gründer sind inzwischen verstorben oder aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aktiv. Seit 2006 existiert das Insiderkomitee nur noch als informeller Zusammenschluss. Der Internetauftritt, um den ich mich gekümmert habe, ist gewissermaßen als letzter Tätigkeitsnachweis bis jetzt zugänglich geblieben.

Kannten sich die ehemaligen Mitarbeiter des MfS, die sich da 1992 zusammengefunden haben, schon vor 1989?

Nicht jeder kannte jeden, aber es gab Beziehungen untereinander, die es in der damaligen komplizierten Situation ermöglicht haben, sich zu finden und zusammenzuschließen.

Was hatte sich das Komitee damals vorgenommen?

Wir haben seinerzeit bewusst das Wort »kritisch« in den Namen hineingenommen, weil wir der Überzeugung waren, dass die schreckliche Niederlage von 1989 auch Ursachen in der

Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit gehabt haben muss. Dass hier Fehler gemacht worden sind, die es kritisch zu betrachten gilt. Uns war auch klar, dass alle Versuche, sich dieser Geschichte mit der alleinigen Absicht zu nähern, zu beschönigen und zu rechtfertigen, wenig glaubwürdig sind und kaum Resonanz finden werden. Es gab damals viele nachdenkliche und selbstkritische Diskussionen – bis zu dem Punkt, dass es in den eigenen Reihen die Kritik gab, wir würden nun auch noch das auf den Tisch legen, was die Gegenseite noch gar nicht wisse. Nach und nach hat sich dann aber doch die Einsicht durchgesetzt, dass wir in der Auseinandersetzung mit den unablässigen Verleumdungen keinen anderen Verbündeten haben als die Wahrheit und dass es, weil die Akten ja größtenteils vorliegen, keinen Zweck hat, Dinge zu verschweigen. Überzeugt hat auch unsere strikte Weigerung, Angaben zu ehemaligen inoffiziellen Mitarbeitern des MfS preiszugeben. Wir haben auf diese Weise über den Kreis der etwa 100 Leute hinaus einen ständigen Austausch mit Mitgliedern anderer Zusammenschlüsse und Organisationen erreicht. Unsere Publikationen sind auf der Internetseite dokumentiert, man kann sie also bis zur Abschaltung noch herunterladen.

Ist mit dem angekündigten Ende der Webseite auch das Ende der Aktivitäten des Insiderkomitees gekommen?

Wir regeln gewissermaßen gerade unseren Nachlass. Nachwuchs für unseren Zusammenschluss gibt es nicht, denn das müsste ja jemand sein, der oder die ein Mindestmaß an Überblicks- und Querschnittswissen über das MfS hat. Der Kreis der Leute, die dieses Wissen haben, wird immer kleiner. Es kam ja erst ab einer bestimmten Leitungsebene ein komplexes Wissen über das MfS zustande. Und diese Generation ist inzwischen arg gebeutelt. Von der Führungsspitze des Ministeriums lebt niemand mehr, und von den 15 letzten Leitern der Bezirksverwaltungen leben nur noch zwei. Ich bin im Gespräch mit befreundeten Organisationen,



um sicherzustellen, dass ein Teil der Inhalte unserer Internetseite auf deren Internetseiten übernommen wird.

Sie waren im Zusammenhang mit der Seite über die Jahre mehrmals in rechtliche Auseinandersetzungen verwickelt. Worum ging es dabei?

Maßgeblicher Initiator dieser Dinge war der hinlänglich bekannte Hubertus Knabe, damals Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Er hat das im Unterschied zu mir auf Staatskosten betrieben. Es begann damit, dass ich ihn in einem Artikel als »Volksverhetzer vom Dienst« bezeichnet habe, nachdem er in einer Thüringer Zeitung Mitarbeiter des MfS mit dem faschistischen Mörder Josef Blösche gleichgesetzt hatte. Das war der Gipfel der Unverschämtheit. Meine Formulierung ist dann gerichtlich als von der Meinungsfreiheit gedeckt anerkannt worden, aber diese Auseinandersetzung hat sich über mehrere Jahre hingezogen, und für eine andere Äußerung in diesem Zusammenhang wurde ich zu einer Geldstrafe verurteilt. Später hat mich Knabe – auffälligerweise eine Woche nach Amtsantritt eines Justizsenators von der CDU – angezeigt wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, weil ich Johann Burianek von der sogenannten Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit einen »Angehörigen einer terroristischen Vereinigung« genannt hatte. Das war für Knabe ein rotes Tuch. Am Ende ist das über sechs Jahre bis zum Bundesverfassungsgericht gegangen, das entschieden hat, dass auch das von der Meinungsfreiheit gedeckt ist. Das war eigentlich die wichtigste Justizsache. Durchgestanden habe ich das nur, weil ich viele Menschen an meiner Seite hatte, die mich unterstützt haben. Den Ablauf und die einzelnen Urteile kann man auf der Internetseite nachlesen.

Die von Ihnen veröffentlichte Begründung für die Abschaltung der Internetseite dürfte manche überraschen. Da steigen Sie ein mit dem Befund, dass das Thema MfS »erschöpft« sei. Was meinen Sie damit?

Es wird immer mal wieder das eine oder andere ausgegraben werden. Aber es gibt schon lange keine substantiell neuen Entdeckungen mehr. Seit Jahren handelt es sich bei den Veröffentlichungen zum Thema fast durchweg um den dritten, vierten oder fünften Aufguss von längst bekannten Sachverhalten und Debatten. Die ursprüngliche Idee der offiziellen Aufarbeitung, dass mit der Öffnung der Akten des MfS unsagbare Verbrechen aufgedeckt werden, hat sich längst in aller Stille erledigt. Rund 30.000 Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Mitarbeiter des MfS führten zu ganzen zwei Verurteilungen zu Haftstrafen. Sogar der ehemalige Minister für Staatssicherheit musste für eine Tat aus dem Jahr 1931 vor Gericht gestellt werden, weil man keinen anderen Ansatzpunkt fand. Für alle Hauptvorwürfe gegen das MfS – Mord, Auftragsmord, systematische Folter – hat man keine Belege gefunden, obwohl in einer eigens eingerichteten Behörde mit riesigem Aufwand jahrzehntelang jedes Blatt Papier umgedreht wurde. Da ist die Luft raus, auch wenn natürlich klar ist, dass das, solange Leute davon leben, immer wieder in irgendeiner Form vorgebracht werden wird.

Eine politische Funktion hat das ja weiterhin.

Genau. Es geht am Ende gar nicht um das MfS. Man schlägt den Sack und meint den Esel. Es geht ganz einfach darum, die DDR zu reduzieren auf die Formel »Mauer und Stasi«. Und solange das funktioniert – und es funktioniert ziemlich gut – werden viele Menschen nicht darüber nachdenken, dass die DDR mit ihren emanzipatorischen Ansätzen in vielen gesellschaftlichen Feldern und als Staat des Friedens, als Staat ohne Ausbeutung, ohne Arbeitslosigkeit, ohne Geldgier als hauptsächliches Antriebsmittel, ohne Ausplünderung anderer Länder eine Alternative zu dieser Gesellschaft gewesen ist. Das fällt alles unter den Tisch, sobald jemand »Stasi« ruft.

Dann ist doch offenbar noch eine ganze Menge zu tun. Dennoch schreiben Sie in Ihrer Erklärung, dass bereits 2008, als die regelmäßige Veranstaltungsreihe des Insiderkomitees eingestellt wurde, im Grunde »alles gesagt« war.

Wir haben das Thema über die Jahre in allen uns wesentlich erscheinenden Aspekten ausgeleuchtet – häufig auch mit Gästen, die sich als Opfer des MfS verstanden haben, oder mit Wissenschaftlern. Viele Themen sind mehrfach behandelt worden. Vieles wiederholte sich dann, ohne dass wir immer zu einer einheitlichen Auffassung gekommen wären. Aber die Fakten und die großen Zusammenhänge zu den wesentlichen Fragen lagen bei uns immer wieder auf dem Tisch.

Neue Perspektiven zeichneten sich schon damals nicht mehr ab. Selbstverständlich kann man, wie das ja die ehemalige Unterlagenbehörde in ihren Veröffentlichungen gemacht

Wolfgang Schmidt, geboren 1939 in Plauen, war im Ministerium für Staatssicherheit zuletzt Oberstleutnant und Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe der Hauptabteilung XX

hat, noch endlos Untersuchungen zu nachrangigen Nischenthemen produzieren, etwa zur Arbeit des MfS an der Medizinischen Hochschule in Erfurt. Substantiell neue Erkenntnisse kommen dabei aber regelmäßig nicht mehr heraus.

Was ist aus Ihrer Erklärung herauszulesen, ist zumindest eine Tendenz zu der Position, dass im Grunde nur diejenigen, die das schon angesprochene Querschnittswissen durch die Praxis erworben haben, sich ein substantielles Urteil über das MfS erlauben können. Erschweren Sie dadurch nicht einer neuen Generation von Forschern, die vielleicht in zehn oder zwanzig Jahren ganz andere Fragen zum Thema »Sicherheit« in der DDR stellt, den Anschluss an Perspektiven, wie sie etwa das Insiderkomitee vertreten hat?

Das Überblickswissen ist ein zentraler Aspekt der kritischen Auseinandersetzung mit dem MfS, und das geht mit der Generation derjenigen, die zuletzt die Leitungsebene stellten, unweigerlich verloren. Auch der normale Mitarbeiter war ja angehalten, nur das zu wissen, was für sein unmittelbares Arbeitsgebiet von Bedeutung war. Aber wir haben unser Wissen und unsere Erfahrungen hinterlassen – in Form von Sachbüchern und in Form von Erinnerungsliteratur. Es gibt da mittlerweile eine ganze Bibliothek. Nachzulesen, wie wir das sehen, ist also jederzeit möglich. Diese Arbeit ist getan, und das bleibt.

Gleichzeitig konstatieren Sie, dass eine Versachlichung der Debatte über das MfS nicht mehr zu erwarten ist. Wenn das der Sachstand ist, dann ist doch die Aufgabe der kritischen Aneignung, der Sie und andere sich vor über drei Jahrzehnten gestellt haben, nicht erfüllt – es sei denn, man sagt, gut, wir haben unsere Erinnerungen aufgeschrieben, wir haben Wissen gesichert, aber in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung haben wir eine vollständige Niederlage erlitten und räumen jetzt das Feld.

Das kann man so sehen, aber überraschend ist das natürlich nicht. Dass wir Aussichten haben, uns gegen diesen riesigen, mit Personal und Geld überreichlich ausgestatteten Apparat in einer fast durchweg feindseligen Me-

dienlandschaft durchzusetzen, haben wir auch 1992 nicht angenommen. Wir haben auch nicht angenommen, dass wir mit guten Argumenten und Fakten die Gegenseite davon abbringen werden, die DDR und das MfS zu verteufeln. Es ist am Ende einfach eine Frage der Selbstachtung gewesen, dass wir uns öffentlich positioniert haben.

Sie betonen in der Erklärung, dass sich die juristische Verfolgung ehemaliger MfS-Mitarbeiter als »Flop« erwiesen habe. Und doch werden, mal ganz abgesehen von den großen Linien der Geschichtspolitik, etwa von der Kulturindustrie unverdrossen weiter die lächerlichsten Klischees reproduziert. Vor ein paar Monaten erst ging eine Serie über eine »Stasi-Killerin« an den Start. Wie kann man das erklären?

Das politische Interesse an diesem Zeug ist grundsätzlich gleichgültig gegenüber den Fakten. Im Grunde ist das ein Selbstläufer geworden. Und das reichte und reicht weit hinein in linke Kreise, etwa seinerzeit in die PDS und heute in die Linkspartei. Am Anfang der Geschichte der PDS stand 1990 ja unter anderem auch die Idee, dass, wenn das MfS als Prügelnabe erhalten muss, man selber ein bisschen weniger abkriegt.

Hätte das auch anders laufen können? Haben Zusammenschlüsse wie der Initiativkreis vielleicht Fehler gemacht, die mögliche Verbündete verprellt haben?

Für uns würde ich sagen, dass wir gar keine anderen Möglichkeiten hatten als die, die wir genutzt haben. Wir hatten auf der politischen Ebene von Anfang an nahezu keine Verbündeten. Beim Thema DDR ist das schon sehr schwierig, und beim Thema MfS sind sofort alle Schotten dicht. Dazu kommt seit einigen Jahren auch ein verbreitetes Desinteresse. Für viele Zeitgenossen ist die Geschichte der DDR inzwischen so weit weg wie der Bauernkrieg. Mehr und mehr haben die Leute auch andere Probleme, die mit der DDR gar nichts mehr zu tun haben: Krieg, Teuerung, fehlende Wohnungen, explodierende Mieten, Umweltkrise.

Eine interessante Verschiebung der Perspektive hat es in den vergangenen Jahren bei Akteuren der sogenannten Aufarbeitung gegeben. Mindestens zwei Jahrzehnte lang gab es auf allen Ebenen eine ausgesprochene Konzentration auf das »Stasi«-Thema. Bis heute ist ja zum Beispiel die Geschichte der SED viel weniger gründlich erforscht als die der Staatssicherheit. Zuletzt mehrten sich allerdings die Stimmen, die mehr oder weniger offen darüber räsonieren, dass diese Fixierung auf die Staatssicherheit ein Fehler gewe-

sen sei, weil dadurch – das ist offensichtlich die Überlegung – die »restliche« DDR nicht schwarz genug gemalt wurde.

Uns ist auch aufgefallen, dass sich da manches verschoben und – was uns betrifft – abgemildert hat. Ich bin mir aber sicher, dass diese Leute das, was sie jahrzehntelang mit gewaltigem Ressourceneinsatz verbreitet haben, nicht mehr einfangen können, auch wenn einige – keineswegs alle – sehen, dass sie da einen Fehler gemacht haben. Was mit diesen Akzentverschiebungen zumindest zum Teil im Zusammenhang stehen dürfte, ist die deutlich abnehmende Zahl von Morddrohungen und Schmähungen, die bei mir einlaufen. Davon habe ich einen ganzen Hefter voll. Natürlich ist inzwischen auch die nach 1990 noch sehr reg-

same Generation regelrechter Faschisten und hemmungsloser Antikommunisten, die von einem auch persönlichen Hass auf die DDR geprägt war, weitgehend abgetreten.

Wenn Sie nach drei Jahrzehnten Bilanz ziehen: Hätten Sie sich gewünscht, dass sich mehr ehemalige MfS-Mitarbeiter an solchen Initiativen wie Ihrer beteiligt hätten? Viele haben sich nach 1989 gänzlich ins Privatleben zurückgezogen.

Es wäre selbstverständlich besser gewesen, wenn wir mehr gewesen wären. Dass das nicht so war, hatte allerdings schwerwiegende Gründe. Was für viele SED-Mitglieder galt, galt auch für nicht wenige ehemalige Mitarbeiter des MfS: Die Niederlage von 1989 kam für sie gänzlich unerwartet und blieb unerklärlich. Oft

hatte das den Rückzug ins Private zur Folge. Dazu kam in den ersten Jahren nach 1990 die Sorge über eine mögliche Verfolgung durch die Justiz und – vielleicht noch schwerwiegender – diese wirklich alltägliche öffentliche Denunziation des MfS. Viele waren aus Sorge um ihre Familien nicht bereit, sich öffentlich zu äußern. Und natürlich mussten alle, wenn sie nicht unmittelbar vor dem Eintritt ins Rentenalter standen, unter erschwerten Bedingungen beruflich neu anfangen. Es war also wirklich eine sehr schwierige Situation, in der wir uns damals zusammengesetzt und gesagt haben, wir müssen uns jetzt endlich einmal zu diesen unentwegt verbreiteten Lügen äußern.

Interview Nico Popp/ jW 4./5. März

*

**Wir sollten
uns mal
kennenlernen:**



**3 Wochen
gratis**
Probeabo endet
automatisch, muss nicht
abbestellt werden

**Abotelefon:
0 30/53 63 55-84
abo@jungewelt.de**

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand tagte am 15.3. gemeinsam mit den Mitgliedern des Beirates. Im Mittelpunkt der Beratung stand der Erfahrungsaustausch über die Aktivitäten der ISOR in den Ländern. Die Teilnehmer der Beratung billigten einen Beschluss, der Maßnahmen zur Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit des Vorstandes und des Beirates angesichts der Altersstruktur und des Gesundheitszustandes der Mitglieder dieser Gremien enthält. Zentrale Aufgabe ist die Gewinnung geeigneter Kandidaten für die entsprechenden Funktionen.

*

Die anwesenden Mitglieder des Vorstandes und des Beirates nutzten die Gelegenheit, um Hans Modrow, für den am gleichen Tage eine Trauerfeier im ND-Gebäude stattfand, die letzte Ehre zu erweisen.

*

Im Ergebnis von Kontakten durch den Beirat mit dem Vorstand der Partei DIE LINKE ist durch das Büro von Dietmar Bartsch die Information zu einer Anfrage des Abgeordneten Sören Pellmann und die Antwort der Bundesregierung zum Zusatzprotokoll zum Sozialpakt bekannt geworden, die wir im Original wiedergeben. Verbunden damit ist der Dank an die damit befassten Mitglieder des Vorstandes der Partei.

Frage Nr. 99 im März, von Abgeordnetem Sören Pellmann;

Wann wird die Bundesregierung das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der Vereinten Nationen ratifizieren, wie es im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP festgelegt ist (Quelle: Koalitionsvertrag, Seite 147: „Das Zusatzprotokoll zum Sozialpakt der VN werden wir ratifizieren.“), und wie viele Anträge auf Entschädigung aus dem Härtefallfonds zur „Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler sind bereits eingegangen (bitte gesamt und nach Gruppen und Bundesländern aufschlüsseln)?

Antwort der Bundesregierung:

Das Gesetz zu dem Fakultativprotokoll vom 10. Dezember 2008 zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wurde im Bundesgesetzblatt II Nr. 4 am 12. Januar 2023 veröffentlicht. Damit sind die Voraussetzungen für die Ratifikation geschaffen worden, die noch in diesem Monat in New York bei den Vereinten Nationen erfolgen soll.

Bislang sind rund 70.000 Anträge auf pauschale Einmalzahlung zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler gestellt worden. Die Anträge werden derzeit di-

gitalisiert und für die Bearbeitung vorbereitet. Eine aussagekräftige Aufschlüsselung der Anträge auf die jeweiligen Betroffenenengruppen und Bundesländer ist daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

*

Zum Härtefallfonds

Bis 30. September 2023 können von der Rentenüberleitung 1990 benachteiligte DDR-Rentner eine einmalige Entschädigung in Höhe von 2.500 Euro (in Bundesländern, die der dazu eingerichteten Stiftung beigetreten sind – bisher nur Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern – in Höhe von 5.000 Euro) beantragen, sofern sie eine Netto-Rente von 830 Euro oder weniger beziehen, vor dem 2. Januar 1952 geboren wurden, erst nach dem 31. Dezember 1996 in Rente gegangen sind und folgenden Personengruppen angehört haben:

- Beschäftigte bei der Deutschen Reichsbahn, der Deutschen Post oder im Gesundheits- und Sozialwesen, (mindestens 10 Jahre Tätigkeit)
- Pflegende von Familienangehörigen, die ihre Beschäftigung aufgegeben hatten, (mindestens 4 Jahre)
- Beschäftigte in einer bergmännischen Tätigkeit in der Carbochemie/ Braunkohleveredlung, (mindestens 5 Jahre Tätigkeit)

- dienstlicher Aufenthalt im Ausland mit Ehegatten, für den die vorherige Beschäftigung aufgegeben wurde, (mindestens 10 Jahre)
- nach DDR-Recht Geschiedene mit mindestens einem Kind nach mindestens 10-jähriger Ehe,
- Balletttänzerinnen oder Balletttänzer (als Ausgleich für die von der DDR zugesagte „Ballettrente“),

Der Antrag ist an die Geschäftsstelle der Stiftung Härtefallfonds in 44781 Bochum zu richten oder per E-Mail an gst@stiftung-haerterfallfonds.de

Antragsformulare können im Internet heruntergeladen aber auch bei der ISOR-Geschäftsstelle angefordert werden. Allen ISOR-Mitgliedern, die die Voraussetzungen für die Antragsstellung erfüllen, wird empfohlen, einen solchen Antrag zu stellen. Unabhängig davon sollten sich ISOR-Mitglieder, die eine Armutsrente von 830 Euro oder weniger beziehen, an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages wenden. Dazu kann der folgende Mustertext verwendet werden:

Ort, den

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Petition
zur Härtefallregelung für benachteiligte DDR-Rentner

Mit der Einrichtung eines Härtefallfonds hat die Bundesregierung Versäumnisse und Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung 1990 ausdrücklich anerkannt.

Unverständlich ist in diesem Zusammenhang, dass im Widerspruch zum Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes nur bestimmte Personengruppen und nicht alle davon betroffenen DDR-Bürger in diese Härtefallregelung einbezogen werden.

Als Angehörige/r des MfS wurden meine durch Beitragszahlung erworbenen Rentenansprüche auf der Basis des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG)

willkürlich und pauschal auf maximal einen Entgeltpunkt je Jahr begrenzt. Maßgeblich aus diesem Grund beziehe ich heute eine monatliche Armutsrente in Höhe von nur _____ Euro.

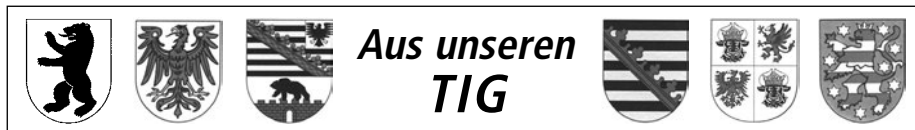
Deshalb ersuche ich den Petitionsausschuss, sich für die Aufnahme ehemaliger MfS-Angehöriger in den Kreis der Antragsberechtigten für diesen Härtefallfonds einzusetzen, zumal diese im Vergleich zu den mit dem Härtefallfonds erfassten Personengruppen deutlich härtere und ungerechtere Rentenkürzungen hinnehmen mussten.

Noch zielführender wäre es allerdings, wenn der Deutsche Bundestag dem Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 15.12.2022 „Gerechtigkeitsfonds statt Härtefallfonds“ (Bundestagsdrucksache 20/4922) folgen würde.

Unterschrift

*

Der Vorstand von Isor hat die in der Antwort der Bundesregierung enthaltene Absichtserklärung zur Kenntnis genommen und wird die Entwicklung dazu aufmerksam beobachten.



... wider das Vergessen"

Am 22. Februar 2023 trafen sich eine Vielzahl von Mitgliedern unserer **TIG Borna**, Freunden des RotFuchs" e.V., des VTNVAGT und andere Interessierte zu einer spannenden und sehr aufschlussreichen Buchlesung unseres Kampfgefährden Hans Becker zu seinem Buch „Der Sonderermittler“. Mit dieser Buchlesung wollten wir für unsere Mitglieder einen Beitrag gegen die fortwährende Kriminalisierung, Verleumdung und Verunglimpfung unseres aufrechten und rechtsstaatlichen Kampfes für Frieden und Sozialismus als Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und anderer bewaffneter Organe der DDR leisten. Zugleich wollten wir unsere Mitglieder dafür gewinnen, dass es sich lohnt, gegen die Verleumdungskampagnen unserer Lebensleistungen durch politische Kräfte der BRD anzugehen und mit Tatsachen der Wirklichkeit in der DDR entgegenzutreten.

Hans Becker hat in seinen Ausführungen darüber berichtet, dass sein Leben sehr eng verbunden mit den im Buch dargestellten, von ihm bearbeiteten und geklärten Kriminalfällen im Auftrag des MfS war. Ihm ist es in seinem Vortrag gelungen, den Zusammenhang zwischen Kriminalfällen, die geeignet waren, die innere Sicherheit der DDR zu gefährden oder das inter-

ationale Ansehen der DDR zu schädigen, und den Aufgaben des MfS eindrucksvoll unter Beweis zu stellen. In seinen Ausführungen zeigte Hans Becker auf, dass seine Arbeit im MfS bei seinen Lesungen und öffentlichen Auftritten wertgeschätzt wurde und die üblichen Anfeindungen gegenüber dem MfS ausblieben. Konkret geleistete Arbeit zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in der DDR lässt sich nicht so ohne weiteres verunglimpfen.

In der Diskussion zeigten die Zuhörer reges Interesse an den Ausführungen Hans Beckers, stellten eine Vielzahl von Fragen zu den im Buch beschriebenen Kriminalfällen und brachten den hohen Nutzen für eine öffentliche Aufarbeitung des tatsächlichen Wirkens des MfS zum Ausdruck. In dieser Hinsicht vertraten der Autor und die Zuhörer die Auffassung, weitere Möglichkeiten der öffentlichen Aufarbeitung der Geschichte des MfS zu erschließen und noch öffentlichkeitswirksamer umzusetzen. Es gilt hier der Weisheit, dass das Vergessen die Mutter der Verwahrlosung ist, entschieden entgegenzutreten.

Die Buchlesung fand ihren Abschluss mit der Zustimmung, dass es Genossen Hans Becker mit seinem Buch gelungen ist, seinen Beitrag „...wider das Vergessen“ zu leisten, und dass

es gegen die Geschichtsfälscher weiterer solcher Beiträge bedarf. Die Zuhörer machten vom Angebot, das Buch zu kaufen, regen Gebrauch und baten den Vorstand unserer TIG, auch in Zukunft solche Lesungen zu organisieren. Diesen Vorschlag werden wir in unserer weiteren Arbeit umsetzen.

Gerald Böhm, Vorsitzender der TIG

Aus der Postmappe

Demagogie?

Das von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer veröffentlichte Manifest soll also demagogisch sein.

Ist die Forderung nach sofortiger Beendigung des sinnlosen Gemetzels in einem Krieg, den aller Wahrscheinlichkeit keine der kriegsführenden Seiten gewinnen kann, demagogisch? Wird nur ein „Scheinfrieden“ proklamiert und werden die Leiden der vom Krieg Betroffenen ignoriert, wenn dieser Krieg nicht fortgesetzt und nicht mit immer neuen Waffen angefeuert wird? Wächst nicht die Gefahr seiner Ausweitung zu einem Welt- und Atomkrieg?

Die Krim wäre heute noch ukrainisch, hätten die USA nicht 2014 mit massiver finanzieller Hilfe eine russlandfeindliche Regierung in der Ukraine an die Macht geputscht. Damit stand Russland vor der Wahl, die Kontrolle des Schwarzen Meeres an die USA zu verlieren. Es geht also um

eine geostrategische Auseinandersetzung, die – wie selbst NATO-Generalsekretär Stoltenberg einräumte - bereits 2014 begann. Ein „Endsieg“ der Ukraine wäre also vor allem ein Sieg der USA und ihrer NATO-Getreuen. Würde ein solcher Sieg dann Frieden bedeuten? Nur wer völlig geschichtsvergessen ist, kann hieran glauben. Aller Erfahrung nach wäre ein solcher Sieg nur der Zwischenschritt zum nächsten großen Krieg, dann vielleicht gegen China.

Eine keineswegs neue, aber immer wieder erfolgreiche Zersetzungsstrategie besteht darin, Personen und Anliegen, die nicht frontal angegriffen werden können, mit Verabschueungswürdigem in Verbindung zu bringen und darüber das Wesentliche vergessen zu machen. Wagenknecht = Putin und Putin = Hitler oder Wagenknecht = AfD, dieses Verwirrspiel lässt sich endlos fortsetzen, soll aber mit Demagogie nichts zu tun haben.

Wolfgang Schmidt

*

Proteste für den Frieden

In zunehmendem Maße spiegelt sich die ablehnende Meinung der Bevölkerung der BRD in Bezug auf den Kriegskurs der Bundesregierung und der medialen Berichterstattung der bürgerlichen Medien, in Aktionen auf der Straße in vielen Städten, wider. Besonders deutlich wurde es am 1. Jahrestag des militärischen Eingreifens Russlands in das seit 2014 von der Kiewer Regierung praktizierte Morden an der eigenen Bevölkerung in den Gebieten Donezk und Lugansk. Nach Aussagen von UN-Beobachtern sind dort seitdem mindestens 14.000 Menschen bei den Angriffen getötet und soziale Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und weitere wichtige Einrichtungen für die Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung zerstört worden.

Ich möchte nur an Hand von zwei Beispielen deutlich machen, dass immer mehr Bürger der Bundesrepublik ihre ablehnende Haltung zum Kriegskurs der Bundesregierung auch öffentlich mit verschiedenen Friedensaktionen zum Ausdruck bringen. Dabei lassen sich diese friedensliebenden Menschen auch nicht von medialen Diffamierungen mehr abhalten, wie es im Vorfeld des Manifestes für den Frieden von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht wiederholt geschehen ist. Dieses Manifest für den Frieden wurde nicht nur von namhaften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als Erstunterzeichner unterstützt, sondern auch in kürzester Zeit von über 600.000 Menschen.

Zuerst fand eine solche Friedensmanifestation am 24. Februar um 17 Uhr auf dem Pariser Platz, unmittelbar vor dem Brandenburger Tor und der USA-Botschaft in Berlin, statt. Aufgerufen zu dieser Friedensaktion hatte seit Wochen bereits die Berliner Friedenskoordination, die schon seit vielen Jahren mit verschiedenen Friedensaktivitäten sich für den Frieden weltweit

einsetzt. In diesem Bündnis agieren verschiedene Organisationen gemeinsam, so u. a. sind unsere Mitglieder der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GeFIS) im Raum Berlin dort unterstützend aktiv.

Am 24.2.2023 waren ca. 1.000 Demonstranten dem Aufruf der Berliner Friedenskoordination (FRIKO) unter dem Motto „Stoppt das Töten in der Ukraine – für Waffenstillstand und Verhandlungen!“ gefolgt, den 18 Friedensgruppen gemeinsam verfasst hatten. Neben namhaften Rednern, z.B. der Initiatoren des „Darmstädter Signals“, wo aktive und ehemalige Bundeswehroffiziere und Soldaten sich stets für die friedliche Konfliktlösung einsetzen, wurde u. a. mit Gesangseinlagen von Diether Dehm zu Protesten gegen den Krieg und für den Frieden aufgerufen, um aktiv zu werden.

Am Rande dieser Veranstaltung hatten immer wieder einige Passanten versucht, lautstark diese Friedensdemonstration provokant zu stören. Bei verschiedenen unsererseits praktizierten deeskalierenden Maßnahmen, wie der ruhigen Gesprächsführung, wurde wiederholt festgestellt, dass diese sogenannten Unterstützer für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine nicht nur geschichtliche Defizite hatten, sondern sich auch nur einseitig informierten. Trotz einiger bösartiger Beschimpfungen führten unsere deeskalierenden Bemühungen zum Erfolg und verhinderten so mögliche körperliche Auseinandersetzungen.

Am 25.2. um 14 Uhr fand die angekündigte Großveranstaltung der Initiatoren Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht sowie Brigadegeneral a.D. Erich Vad auf der Westseite des Brandenburger Tores in Berlin statt. Bei der Ankündigung der Demonstration wurde ausdrücklich auf den Verzicht des Zeigens von Symbolen wie Fahnen etc. von Parteien hingewiesen und dass Parteimitglieder der rechten AfD und weiterer rechtsextremer Gruppierungen nicht erwünscht sind. Die Veranstalter selbst hatten nach eigenen Aussagen mit einer Teilnehmerzahl von ca. 10.000 Menschen gerechnet. Aufgrund der Tatsache, dass bundesweit die Teilnehmer extra angereist waren (weitere Mitglieder des GeFIS sind organisiert mit Bussen aus Rostock und Umgebung angereist), musste der Beginn der Manifestation um etwa eine Viertelstunde verschoben werden.

Selbst hatte ich versucht den gesamten Demonstrationsplatz zu begehen, um Fotos zu erstellen und musste mein Vorhaben abbrechen, weil die Teilnehmer so eng standen, dass ein Durchkommen nicht möglich war. Nach Aussagen von weiteren Teilnehmern kamen auch mit 40 Minuten Verspätung noch Teilnehmer zu Kundgebung. Die von der Polizei und den Medien mehrfach wiederholt gemeldete Teilnehmerzahl von 13.000 entsprach bei Weitem nicht den Tatsachen und gibt einen weiteren Beleg dafür, dass nicht wahrheitsgemäß berichtet wird, wenn es nicht in ihrem Interesse liegt.

Die zahlreich geführten spontanen Gespräche mit den Besuchern der Demonstration waren geprägt von der großen Sorge, dass immer weitere Waffenlieferungen nur Rüstungsprofite, aber keinen Frieden bringen. Verhandlungen auszuschlagen zeugt nicht von Friedenswillen, sondern gefährdet das Leben. Den Teilnehmern ist bewusst, dass die Sanktionen und der Wirtschaftskrieg Deutschland schaden und jeder Bürger dieses bereits jetzt schon zu spüren bekommt. Sie prangern die Bundesregierung an, dass sie mit ihrer Kriegsrhetorik verantwortlich für Inflation und wirtschaftlichen Niedergang ist.

Vielen Besuchern der Demo sind Nato-Befehlshaber Stoltenbergs Worte „lieber einen Atomkrieg als einen Sieg Russlands in der Ukraine“ im Bewusstsein. Um deutlich zu machen, dass sie gegen den atomaren Wahnsinn, gegen Dark Eagle, gegen die deutlich umfangreichere atomare Ausstattung mit US-Atomwaffen in Europa und besonders in Deutschland sind, sind sie aktiv geworden. Sie wollen gegen diesen Wahnsinn öffentlich ein Zeichen setzen, um auch gleichzeitig jene Bürger aufzurufen, die noch passiv sind, endlich auch aktiv zu werden.

Die von der Politik im Gleichklang mit den bürgerlichen Medien betriebene spalterische Hetze, die Veranstaltung sei „rechtsoffen“, wurde nicht nur im Vorfeld der Manifestation, sondern auch während der gesamten Veranstaltung ad absurdum gestellt.

Es war eine machtvolle Demonstration für den Frieden und gegen die Bundesregierung und ihren praktizierten Kriegskurs mit der ständigen Waffenlieferung an die Ukraine. Das wurde u.a. auch durch die mehrfach lautstarke Forderung der Demonstrationsteilnehmer deutlich, die skandierten „Baerbock muss weg“.

Carsten Hanke

*

Aufstand für Frieden

Ich war dabei, bei der großen Friedenskundgebung hinterm Brandenburger Tor. In der Menge eingeklemt, konnten wir die Stimmung auf dem Platz, die Resonanz auf die Reden, hautnah erleben. Der dümmliche Versuch, vom Rand her die Friedensstimmung mit „Nazis raus“ Rufen zu stören, fand keinen Widerhall. Die neben der Polizei und Medienvertretern stehenden Rechtsextremisten und ihre Kontrahenten gaben bald auf.

Wer stand um uns auf dem Platz? Verschwörer, Schwurbler, Extremisten? Ich drängte mich durch die Massen, fotografierte über 60 verschiedene Plakate. Die lassen klar erkennen, was ihre Träger bewegt, weshalb sie gekommen sind, was sie von Deutschlands Politikern erwarten: Endlich Frieden durchsetzen als oberstes Gebot für unser Zusammenleben – weltweit. Als dringendsten Schritt die sofortige Beendigung des Krieges in der Ukraine. Diplomatie und Verhandlungen statt Panzer und Granaten. Ein Plakat

zeigte die Staatsflaggen von Russland, Deutschland und der Ukraine. Darüber die Forderung: „Freundschaft!“ Eine Frau fordert: „Frieden! kein zweites Verdun!“ Eine Andere: „Meinen Jungen bekommt ihr nicht!“ Ein Bartmann, etwas am Rande: „Energiewende braucht Frieden“ und klein dazugeschrieben „und Energiespeicher“.

Die Forderungen: „Keine Waffen! Keine Kriege! Wir wollen keine Völkerfeindschaft!“ hat ein Mann an seinen großen roten Regenschirm gehängt. „Stoppt Ramstein und die Nato – Kein neuer Weltkrieg“, fordert ein junger Mann. Sein Nachbar mit der Frage: „Habt Ihr alle die Geschichte vergessen?“ In frecher roter Schrift und lebhaft geschwenkt: „Kein Bock auf Krieg – kein Bock auf Baerbock!“ Sind diese Plakatträger Verschwörer, heimliche AfD-Agenten oder linke Extremisten? Nein! Es sind Bürger aller Lager und gesellschaftlicher Schichten, die den Mut haben, sich öffentlich für Frieden zu bekennen, dafür, dass sie mit der Kriegstreiberei der uns beherrschenden Regierung nicht einverstanden sind.

Diesen Menschen gehört meine Hochachtung und ich schäme mich, kein eigenes Plakat, vielleicht mit der Darstellung der Weltuntergangsuhr, mitgebracht zu haben. Warum mit einer Uhr? Weil deren Zeiger alljährlich vom Ausschuss der „Atomic Scientists“, der weltweiten Vereinigung prominenter Atom- und Umweltwissenschaftler, gestellt wird. Die Wissenschaftler, unter ihnen über ein Dutzend Nobelpreisträger, machen darauf aufmerksam, dass es gegenwärtig 90 Sekunden vor 12 Uhr, dem Zeitpunkt des Untergangs der Erde durch einen Atomkrieg und Umweltkatastrophen, ist. Noch nie, die Uhr wird seit 1947 gestellt, sahen Wissenschaftler den atomaren Abgrund so nahe. Können wir die Zeiger anhalten? Ich weiß es nicht. Die Kraft der Petition „Manifest für Frieden“, das wenige Tage nach der Kundgebung schon von 700.000 Bürgern unterzeichnet wurde, ist ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass noch kurz vor zwölf in Deutschland eine Zeitenwende zu einer breiten Friedenspolitik möglich ist. Für mich ist diese Petition kraft hunderttausender Unterzeichner; vielleicht ist die Millionengrenze bereits erreicht, ein legitimes Mittel der direkten Demokratie zur Darstellung des Volkswillens und ein verbindlicher Auftrag an die Herrschenden, zur Friedenspolitik der siebziger Jahre (KSZE) zurückzukehren.

Mein Traum: Eine neue „Internationale“, die alle Parteien und Massenorganisationen aufnimmt, die sich klar für Frieden als oberstes Gebot für das Zusammenleben der Völker unserer Erde aussprechen.

Rainer Raddatz

*

Ein kräftiger Salut und herzliche Grüße an die Herausgeber und alle im Impressum Genannten!

Die Ausgabe 03/2023 ist einfach Klasse! Gleichermaßen mit Manfred Wild bleibt auch meiner Lieblingsfarbe „ROT“.

Es sollte dabei nicht vergessen werden, dass z.B. das Grundgesetz für die BRD gemäß ihrem Artikel 146 feststellt, dass mit der Vollendung der Einheit Deutschlands, die gemäß der Präambel bereits vollendet ist, eine Verfassung vom deutschen Volke zu verabschiedet wäre. Deshalb wäre die Frage, von „Ossietzky“ 2/23 aufgeworfen, ob das Grundgesetz überhaupt gültig ist (?) seit Jahrzehnten wohl zeitgemäß.

Dr. Klaus Emmerich

*

Liebe Redaktion, liebe Freunde, Dank für das März-Exemplar, ich finde es wieder sehr interessant und aussagekräftig. Die Darlegungen der beiden Generale sind sehr wichtig, und ich stimme damit voll überein. Die Stellungnahme unserer TIG Leipzig dazu unterstütze ich natürlich. An der interessanten Buchvorstellung von und mit Hans Becker bei uns im Februar, wo diese Stellungnahme beschlossen wurde, habe auch ich teilgenommen. Als Noch-Mitglied der Partei Die Linke ärgere ich mich, dass sich die Partei nicht eindeutig und geschlossen als Anti-Kriegs-Partei positioniert und gegen die zunehmende Kriegspropaganda der meisten Medien und die zunehmende Kriegsbeteiligung durch Lieferung von schweren und Angriffswaffen protestiert. (...)

Und noch etwas: Über einen kleinen Gruß zum Internationalen Frauentag in unserer Zeitung hätte ich mich gefreut, und mit mir bestimmt auch die sicher noch zahlreich vorhandenen weiblichen Mitglieder und Sympathisanten unseres Vereins, auch wenn man berücksichtigt, dass die Zeitung erst nach dem Frauentag die Leser erreicht.

Mit solidarischen Grüßen

Gisela Lorenz, TIG Leipzig

Die Redaktion hat in diesem Jahr auf Grußworte sowohl zum NVA- als auch Frauentag verzichtet, weil sie der Meinung war, dass die Beiträge „Generale für den Frieden“ und die Beiträge von Helga Jäger (Seite 6) diesen Anlässen gerecht werden.

*

Eine besondere Dienstreise von Bundeskanzler Scholz

Anfang März flog Bundeskanzler Scholz zu Präsident Biden. Die Qualitätsmedien schwärmten von Bündnistreue zu unserem engsten Verbündeten und lobten den Staatsbesuch. Diese als Staatsbesuch hofierte Aktion hatte auf mich eher den Eindruck einer Einbestellung zum Befehlsempfang. Aus meiner NVA-Zeit weiß ich, dass die Befehlserteilung immer strengster Geheimhaltung unterliegt. Wenn ich nun an die USA-Reise von Herrn Scholz denke und die Berichterstattung der sogenannten Qualitätsmedien einmal nur für die Menschen lese, die ihnen glauben möchten, drängt sich mir deutlich der Eindruck dieses Befehlsempfangs auf. Vielleicht mit der Ausnahme, dass Herr Scholz beim Be-

fehlsempfang sitzen durfte. Mir fiel seine Unbeholfenheit schon beim ersten US-Staatsbesuch auf, als Präsident Biden ihn in seiner selbstherrlichen Art darüber informierte, dass er entscheidet, was in Deutschland erlaubt ist und die Nord-Stream-Pipeline sei aus US-amerikanischer Sicht nicht erlaubt und muss daher zerstört werden.

Von einem Bundeskanzler, für den die Wahrung deutscher Interessen wichtig sein sollte, hätte ich nun nachdrücklichen Protest erwartet. Stattdessen nur peinliches Grinsen, als ob ihm klar ist, dass sein „Chef“ ja gar nicht anders handeln könne. Das erinnert mich an das Verhalten eines Sohnes, der wegen ungebührlichen Verhaltens von seinem Vater getadelt wurde. Auch wenn es so aussah, aber Herr Scholz hat hier nicht die Sohnesrolle zu spielen und Biden ist nicht sein erziehungsberechtigter Vater. Hier ist ihm mal so nebenbei mitgeteilt worden, dass die Energiegrundlage seiner Industrie abgeschafft wird. Ein so drastischer Eingriff in die inneren Angelegenheiten der BRD fühlte sich für mich an wie eine inoffizielle Kriegserklärung. Man stelle sich nur mal vor, ein anderer Staat hätte das mit den USA gemacht. Wäre es da bei einem peinlichen Grinsen geblieben? Nach Rückkehr des Bundeskanzlers überraschten uns dann die Qualitätsmedien mit dem unverschämten Märchen über den Terrorakt auf unsere Gasversorgung. Hätte nur noch die Meldung gefehlt, dass Geheimdienste Hinweise haben, ein Schlauchboot mit Sprengstoff wäre von Rostock ausgelaufen.

Noch primitiver kann eine mediale Verballhornung nicht sein. Vermutlich dient dieser Blödsinn auch dem „Staatswohl“. Man sollte auch so ehrlich sein und sagen, welchem Staat es dabei wohlgehen soll.

Jürgen Barz, Wismar

*

Liebe Freunde und Genossen, hier vierte und letzte Fortsetzung meines Artikels zu Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung jetzt 1961 bis 1990 zum Ende der DDR

Jeder ISOR-Leser hat diese Zeit selbst bewusst in dieser oder jener Tätigkeit miterlebt, so dass es nicht darum geht, die Zeit chronologisch zu schildern. Ich will vielmehr aus damaliger und heutiger Sicht diese Epoche unter dem Gesichtspunkt der Rolle der Arbeiterbewegung beleuchten und ggf. für die Zukunft Schlussfolgerungen ziehen.

Zu den positiven Ereignissen:

Da wurde die Stalinallee als Prachtstraße fertiggestellt, ebenso das Frankfurter Tor, der Fernsehturm und andere große Bauten. Das Wohnungsbauprogramm in seinem großen Ausmaß wurde in der DDR positiv aufgenommen. Was schon damals bemängelt wurde: Die Neubauten auf Rügen, in Dresden oder in Suhl wirkten in ihrem gleichmäßigen Grau wie ein Ei dem anderen.

Eine große Rolle spielte auch der Bau des „Palastes der Republik“.

Ich besuchte seine Gaststätten bei jedem

Besuch meiner Verwandten in Berlin. Das dort gebotene Eisbein und das Berliner Bier schmecken mir heute noch. Doch dann kam von den Feinden des Palastes die Mär: Er ist asbestverseucht! Und es wurde geglaubt. Arbeiter montierten erst das Staatswappen ab, dann wurde der gesamte Palast platt gemacht.

Positive Maßnahmen waren u. a. die Ehekontakte für junge Paare. Ich wette, dass viele junge Leute, die über Ungarn flüchteten, diese auch in Anspruch nahmen, ohne sie zurück zu zahlen.

Doch die Wirtschaftliche Lage spitzte sich immer mehr zu, ein Versorgungsengpass nach dem anderen trat auf, trotz Mauer nahm die Fluchtbewegung zu, die Bekämpfung kostete und kostete. Und es waren viele Facharbeiter, die ihren Staat verließen, geschweige von den vielen Ingenieuren, Wissenschaftlern, Ärzten und Künstlern. Es gab also keine echte Verbindung zu dem Staat, der erst ihre Ausbildung ermöglichte.

Das war auch ein Kuriosum, dem weitere folgten: Diese jungen Menschen durchlebten Pionier- und FDJ-Zeit, überwiegend eine unbeschwernte Kindheit und eine gute Ausbildung. Bei den Bildern damals in der Prager BRD-Botschaft schäme ich mich beim Betrachten heute noch.

Das nächste Kuriosum war der Mauerbau selbst: Einmalig, dass dieses Bauwerk und die gesamten Grenzsicherungsmaßnahmen entlang der Westgrenze der DDR nicht der Si-

cherung von außen, sondern der Verhinderung von innen dienten. Was muss in den Köpfen der Angehörigen der Kampfgruppen vorgegangen sein, die u. a. am Brandenburger Tor Arbeiter von der Flucht aus der DDR abhalten mussten.

Um das Alles zu verstehen, hier ein Blick in die Geschichte: Bereits Lenin erklärte: „Im Wettbewerb der Systeme gewinnt die Gesellschaftsordnung mit der höheren Arbeitsproduktivität“ - also verliert die andere und das war im Wettbewerb die DDR.

Was ist denn mit der Aussage des „*Ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus*“ geworden: immer bessere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse.... „? “?

Unsere politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte haben deutsche und ausländische Hochschulen und Universitäten besucht, sozusagen den ML und die sozialistische *Ökonomie* mit Löffeln eingenommen „aber der AP nicht die Bedeutung beigemessen, ein wichtiger Grund für das Scheitern unseres Systems. Das gilt auch für das gesamte europäische sozialistische System.

Beispiel:

Das alte Russland war, und das neue ist Getreideexporteur, die SU war jedoch Getreideimporteur, ein Zeichen für die niedrige AP in der sowjetischen Landwirtschaft. Und wer war Landwirtschaftsminister? Gorbatschow. Da hielten seine vielen Sprüche den Untergang der SU auch nicht auf. Was wurde aus den Zielen, wie im Nationalitätenlied der SU besungen:

„... Nicht mehr Hass der Rassen und Nationen, gleiches Recht für jeden der hier schafft, überall, wo unsre Völker wohnen, hat das Wort Genosse Klang und Kraft...“ Wir wissen, wie die Realität heute aussieht und was der verfehlten Nationalitätenpolitik anzurechnen ist.

Zurück nach Deutschland: Die Versorgungs- und andere Probleme wurden immer krasser: in den Läden fehlte immer etwas. In dem Großbetrieb, in dem ich als Kriminalist tätig war, rannten die Frauen weg von den Maschinen, wenn bekannt wurde, dass es im Werkskonsum Bananen oder andere Südfrüchte gab.

(...)

Die Ausbürgerung Biermanns löste eine Ausreisewelle von Künstlern aus, für Angehörige der Sicherheitsorgane bestand striktes Verbot, westliche Sender zu empfangen.

Vieles könnte man noch anführen, was dann zum Untergang der DDR führte.

Hauptschlussfolgerung muss sein:

Die Verbesserung des Lebensstandards, d. h. eine hohe AP, eine bedarfsgerechte Produktion sind die Voraussetzung, das Volk hinter sich zu haben. Wie recht hätte doch Lenin!

Liebe Redaktion, mit diesem Beitrag muss ich leider meine Mitarbeit aus Alters- und Gesundheitsgründen beenden. Selbstverständlich bleibe ich bis zum Lebensende ISOR-Mitglied.

Siegfried Mikut, Georgsmarienhütte
(red. Bearbeitet)

*

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel

c/o Geschäftsstelle und Redaktion

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift: ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 29.03.2023

Einstellung im Internet: 07.04.2023

Auslieferung: 12.04.2023

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26.04.2023

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführerin: Anja Mewes: Di/Mi 9-16 Uhr,

Tel.: (030) 29784316

Stellv. GF Peter Ott, Di/Do 8-15 Uhr,

Tel. (030)29784315

E-Mail: ISOR-Berlin1@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck, Di/Mi 8-15 Uhr,

Tel.: (030) 29784317 • Fax.: (030) -29784320

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BELADEBEXXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 17 Uhr

nach tel. Terminvereinbarung (030 29784 316)